

# Bellizistische Katharsis

## Für den »kämpfenden deutschen Soldaten«, gegen die »Gutmenschennaivität«: Wie Bild und Taz nach »9/11« ihre Leser auf den Kriegseinsatz in Afghanistan einschworen

Sabine Kebir

Wenn sich nun die Bundeswehr aus Afghanistan auf leisen Sohlen davonschleicht, wird ungerne eingestanden, dass der Einsatz gescheitert ist. Anders als es aus Medienberichten hervorgeht, die von zivilisatorischen Fortschritten in bestimmten, allerdings eng begrenzten geographischen und sozialen Bereichen sprechen, hat sich an der Verelendung der meisten Afghaninnen und Afghanen nichts geändert.

Wie konnte es zu dieser ganze zwei Jahrzehnte währenden Verstrickung der Bundesrepublik kommen, obwohl die Mehrheit der Deutschen militärische Auslandseinsätze zumindest skeptisch sieht? Die Kriegshandlungen schienen noch weit genug entfernt, um sich negativ auf Wahlergebnisse auszuwirken. So erklärt sich, dass alle seit 2001 amtierenden Bundesregierungen immer wieder die mehrheitliche Zustimmung der Volksvertreter im Bundestag zur Verlängerung der Militäreinsätze in Afghanistan erlangten.

In den öffentlich-rechtlichen Medien wurde suggeriert, dass der Einsatz zwar eine zwingende Konsequenz der Anschläge auf das World Trade Center am 11. September 2001 war, sein tieferer Sinn aber die Befreiung der Afghanen von einem tyrannischen Regime und der Wiederaufbau des Landes sei. Um die Begründung plausibel zu halten, wurde jahrelang im offiziellen Diskurs vermieden, von Teilnahme an einem »Krieg« zu sprechen. Und obwohl jeder wusste, dass Afghaninnen und Afghanen ihre Brunnen sehr gut selber bauen können, wurde das Trugbild der dabei behilflichen Bundeswehr in die Welt gesetzt.

Hier soll nachgezeichnet werden, wie zwei sich als politische Antipoden definierende Tagesblätter nach wenigen Wochen der Divergenz in der Frage des Afghanistan-Einsatzes zur im Kern gleichen Schlussfolgerung kamen.

### Nötiger Feldzug

Rückblickend überrascht, dass Bild von vornherein nicht von einem humanitären Einsatz, sondern unverblümt von einem Krieg spricht, dessen Begründung eins zu eins aus den USA übernommen wurde: Ein Feldzug sei nötig, um die Attentate von »9/11« zu rächen.

Auch die Taz sprach von vornherein von einem – allerdings drohenden – Krieg. Dass er zunächst als ungerechtfertigt dargestellt wurde, war ein Tribut an den hohen Leseranteil, der ehemals oder noch immer pazifistische Neigungen hatte. Die Taz hatte sich zwar bereits zweieinhalb Jahre zuvor durch den von der »rot-grünen« Bundesregierung mitverantworteten Jugoslawien-Krieg laviert, stand nun aber erneut vor einer ähnlichen Herausforderung.

Bild schmiedet sich hingegen ein Publikum, das Sport und Sex der Politik vorzieht – außer wenn es um spektakuläre Großereignisse wie »9/11« geht, die die westliche Zivilisation ins Mark zu treffen scheinen. Aber auch dann werden statt Analysen knallige Botschaften geliefert, die bereits im Titel der sehr kurzen Artikel in Form einer rhetorischen Frage zusammengefasst sind.

Weniger aus Pietät gegenüber den Opfern, mehr aus Lust, das Greuel zu zeigen und daran zu verdienen, wird nach dem Terroranschlag für acht Tage das übliche Pin-up auf der Titelseite suspendiert. Statt dessen beherrscht das

New Yorker Horrorszenerario die Vorderseiten. Und schon am 12. September 2001 wird auf Seite vier unter Berufung auf den Chef der in London erscheinenden Zeitung Al Kuds al Arabi als wahrscheinlicher Drahtzieher der Anschläge Osama Bin Laden genannt. Dieser habe drei Wochen zuvor von der Planung eines größeren Attentats erzählt. Auf die Frage »Gibt es jetzt Krieg, Herr Scholl-Latour?« antwortet der Nahostexperte eine Seite weiter, er halte das für wahrscheinlich, aber nicht für geraten. Jedoch bereits am 13. September bläst Bild auf Seite zwei zum Angriff: »Jetzt entbrennt der Kampf gegen das Böse. Die Bürger fordern Vergeltung!«

Tagsdrauf wird der Verteidigungsminister gefragt: »Muss Deutschland jetzt in einen Krieg ziehen?« Rudolf Scharping (SPD) antwortet: »Wir werden die USA unterstützen.« Die Bundeswehr sei bereits in erhöhte Bereitschaft versetzt.

Dass Deutschland »an der Seite der Amerikaner stehen« müsse, wird am 17. September gleich auf Seite eins bekräftigt. Und auf der folgenden findet sich ein Artikel mit dem Titel »Krieg gegen die Taliban: Amerikas Elite-Vergeltungsschlag«. Um den Eindruck allzu großer Einseitigkeit zu vermeiden, finden sich in dieser Ausgabe auch Statements von den Kriegsgegnern Jürgen Todenhöfer und Oskar Lafontaine. Sie warnen, dass terroristische Greuelthaten keine neuen hervorbringen sollten.

Bild vom 18. September fragt im Aufmacher scheinheilig: »Ist der Krieg noch zu verhindern?« Mit dem Schüren von Angst vor aufgeplusterten Gefahren wird der noch zweifelnde Leser auf Seite vier mit dem Titel »Kommt der Terror nach Deutschland?« auf Linie gebracht. Darunter wird spekuliert, ob Milzbrandsporen von Flugzeugen über einer deutschen Großstadt versprüht werden könnten, wonach mit rund 95.000 Toten zu rechnen sei. Der Bundesnachrichtendienst (BND) warne, dass Deutschland in die Reichweite von Langstreckenraketen Saddam Husseins gerate, dem ein Bündnis mit den Taliban unterstellt wird.

Am 19. September wird nachgelegt. Außenminister Joseph Fischer (Die Grünen) bestätigt auf Seite zwei, dass seine Geheimdienste vor »unmittelbarer Gefahr« eines Terroranschlags in Deutschland warnen. Auf derselben Seite wird suggestiv gefragt: »Wie könnte Deutschland helfen?« Bedürftig seien die Sonderkommandos der USA. Aufgezählt werden die Hilfsgüter Fallschirmjäger, Gebirgsjäger, KSK (Kommando Spezialkräfte) und Kampfflugzeuge. Drei Seiten weiter werden unter dem Titel »Besiegen sie das Böse?« für Sabotageakte und Entführungen ausgebildete US-Spezialeinheiten vorgestellt. Unreflektiert bleibt, dass solche Kampfformen, von anderen angewandt, als Menschenrechtsverletzungen angeprangert würden.

## Zunächst vernünftig

In der Taz erschienen in den Tagen nach »9/11« zunächst vernünftige Positionen. Am 12. September werden die Anschläge noch gar nicht mit Afghanistan in Verbindung gebracht. Statt dessen wird über die desaströse Lage in dem Land berichtet, aus dem bereits vier Millionen Menschen geflohen waren. Am nächsten Tag schreibt ein Korrespondent aus Delhi, dass die Taliban »jede Verbindung sowohl des eigenen Regimes wie auch ihres Gastes Osama Bin Laden zurückwiesen. Sie verurteilten die Anschläge und erklärten, dass Afghanistan mit seiner zerstörten Infrastruktur ebensowenig wie eine Einzelperson fähig wäre, eine Operation dieser Größe zu planen. Falls die USA jedoch Beweise hätten, dass Bin Laden hinter den Anschlägen steckt, könne eine Auslieferung geprüft werden.«<sup>1</sup>

Am 14. September kritisiert Andreas Zumach, dass der UN-Sicherheitsrat die Anschläge als Bedrohung von »Frieden und Sicherheit« eingestuft und erklärt habe, dass »Terrorakte mit allen verfügbaren Mitteln« zu bekämpfen seien. Das gebe der NATO freie Hand, den Bündnisfall auszurufen und einen großen Gegenschlag in die Wege zu leiten. Zunächst aber sei nachzuweisen, dass Bin Laden die Anschläge organisiert und dass Afghanistan ihn dabei unterstützt habe.<sup>2</sup>

Am nächsten Tag unterstreicht Christian Rath: »Für die Aufarbeitung von Terroranschlägen ist die Justiz zuständig und nicht das Militär.« Vor einem Angriff müssten Sanktionen beschlossen und durchgesetzt werden. Ein

»präventives Selbstverteidigungsrecht« wie es die USA und Israel in den vergangenen Jahren öfter proklamiert hätten, existiere nicht.<sup>3</sup>

Auch etliche andere Artikel vom 15. September warnen vor militärischer Vergeltung. Dominic Johnson (ab 2011 Kolumnist des Auslandsressorts der Zeitung) und Bettina Gaus (bis vor kurzem politische Korrespondentin der Taz) beschreiben die globalisierte Struktur der Terrorgruppen, die von geschwächten staatlichen Strukturen profitierten: »Man kann ihre Aktivitäten mit militärischen Mitteln nicht stoppen«.<sup>4</sup>

Im Kulturteil vom 19. September empört sich der Literaturwissenschaftler und Kulturtheoretiker Klaus Theweleit: Bundeskanzler Schröders Rede vom Angriff auf die zivilisierte Welt sei »fundamentalistische westliche Kriegshetze«.<sup>5</sup>

## Auf zum Vergeltungsschlag

Am 20. September deutet Bild Schröders Kriegstrommelei hingegen anders: »Der Kanzler beruhigt die Deutschen«, heißt es da. Wohlwollend wird zitiert: »Wir befinden uns nicht im Krieg gegen einen Staat.« Aber obwohl der Bündnisfall der NATO erst zwei Wochen später ausgerufen werden wird und die Abstimmung für die Teilnahme an einem Militäreinsatz im Bundestag noch aussteht, hätten die Volksvertreter bereits »mit überwältigender Mehrheit den Weg für deutsche Militärhilfe für einen Vergeltungsschlag gegen die Terroristen« freigemacht. Daneben posiert zum ersten Mal wieder ein Pin-up – das Signal, dass Bild mit dem Wechsel vom hervorgekehrten Trauermodus in den der gerechten Vergeltung auch wieder ein Stück ihres täglichen Brots anzubieten habe. Wenn Deutschland vor kriegerischer Herausforderung nicht kneift, gehört Unterhaltung einfach dazu.

Die sich abzeichnende deutsche Beteiligung verführt Bild auf Seite zwei zu tollkühnen Spekulationen: »Greifen sich deutsche Elitesoldaten Osama bin Laden?« Zutrauen könnte man es dem martialischen KSK-Kämpfer auf dem benachbarten Foto schon. Der Leser fragt sich allerdings, ob sich die Amerikaner diese ruhmvolle Aufgabe würden nehmen lassen.

## Cohn-Bendits Steilvorlage

Auch die Taz sieht sich nun gezwungen, Loyalität zur »rot-grünen« Regierung und zur atlantischen Partnerschaft zu zeigen. Die publizistische Steilvorlage liefert am 22. September Daniel Cohn-Bendit. Unter dem Titel »Für die solidarische Globalisierung« schreibt er, dass die Grünen und Joseph Fischer »als aufrechte Pazifisten«, nun erneut »eine kriegerische Zeit realpolitisch meistern« müssen, was für die Partei existenzbedrohend sein könne. »Unsere Gutmenschennaivität übermannt uns. Am liebsten würden wir mit dem Fallschirm ein Heer von Sozialarbeitern und Entwicklungshelfern über Afghanistan absetzen, um die Taliban zu belehren und die Terrorgruppen Bin Ladens umzuerziehen.« Dann folgt eine Sympathieerklärung für die USA. Obwohl diese einerseits frech definierten, was die Welt unter Glück, Trauer und Rache zu verstehen habe, seien sie in der Lage »angesichts der Bedrohung und des Horrors zusammenzustehen und aus sich heraus die Dynamik zu finden und Energien freizusetzen, um den Kampf für Freiheit und gegen Terror zu führen«. Man dürfe sich der Erkenntnis nicht verschließen, dass »eine unsichtbare Armee, ausgebildet in Afghanistan und anderswo, bereit ist zu Aktionen, die in ihren barbarischen Dimensionen als Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu werten sind«. Für »Millionen von beleidigten und erniedrigten Menschen in der arabischen Welt« sei »Europa Teil der zivilisatorischen Ordnung, die sie zutiefst hassen«. Auch Cohn-Bendit suggeriert, dass eine militärische Aktion gegen Afghanistan als Präventivschlag gegen schlimmste Terrorangriffe auf Europa gelten solle. Zu rechnen sei mit Miniatombomben oder Flugzeugen, die in Wohnhäuser und Atomkraftwerke einschlugen.

Um die Kriegsspiele verdaulich zu machen, rät Cohn-Bendit zu dem auch von der Regierung empfohlenen, parallel einzunehmenden Leckerli: »Wer eine militärische Koalition gegen den Terror will, muss gleichzeitig eine internationale Koalition der Zivilgesellschaften, der Zivilorganisationen gegen den Totalitarismus, gegen Intoleranz, für Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit schmieden.«

»Zivilgesellschaft« klingt für Taz-Leser sympathisch. Fraglich bleibt, wieso die Aktivierung von Zivilgesellschaft in Verbindung mit einem Krieg gebracht wird. Wie wird diese heikle Doppelaufgabe bewältigt? Durch größere Teilhabe an der Entscheidungsmacht im NATO-Lager, schlägt Cohn-Bendit vor: »Es liegt an uns, an Europa, an der Bundesregierung, letztendlich die Fassungslosigkeit über eine solche Barbarei in eine produktive politische Katharsis umzuwandeln. Die sich jetzt durchsetzende militärische Kooperation bietet die Chance, dass die US-Amerikaner endlich verstehen, dass die Alliierten keineswegs nur Befehlsempfänger sind.«

Während es Bild vorerst um Bestrafung der Attentäter geht, stellt Cohn-Bendit klar den Regime-Change in den Fokus: Um die von der UNO anerkannte Exilregierung Afghanistans einzusetzen, »müsste der Befreiungskampf der afghanischen Opposition mit Flugzeugen, Waffen und Soldaten unterstützt werden«. <sup>6</sup> Antimilitarismus gerät an den Rand: Taz-Leser, die dieser Argumentation nicht folgen mögen, dürfen sich in der Folgezeit verstärkt in Leserbriefen gegen den Krieg aussprechen.

## Schluss mit Durchwursteln

Die Zeitung bietet in den folgenden Wochen und Monaten einen Mix von kriegsbefürwortenden und kriegskritischen Positionen. »Erst die Bomben, dann das Brot« ist der Titel von Bernd Pickerts Kommentar zum Beginn der US-amerikanischen Bombardements auf Kabul in der Nacht zum 8. Oktober. Er bezweifelt, ob US-Präsident George W. Bush das Versprechen wahr machen kann, die Afghanen aus ihrem Elend zu befreien. Pickert, Auslandsredakteur der Taz, beunruhigt auch, dass es »noch weniger unabhängige Berichterstattung geben« werde als im Irak-Krieg 1991. »Es wird ein Krieg sein, über dessen wirklichen Verlauf die Öffentlichkeit möglicherweise nie etwas erfahren wird.« <sup>7</sup>

Die Taz versucht durch eine Doppelstrategie Loyalität gegenüber den Grünen zu wahren und zugleich ihre Leserschaft zu halten. Lange wird suggeriert, dass der deutsche Einsatz nur im Rahmen einer Friedensmission der UNO stattfinden würde, sauber getrennt von der »Operation Enduring Freedom« (Operation andauernde Freiheit) der USA.

Am 21. Dezember 2001, als dem Bundestag eine Vorlage über die Beteiligung deutscher Soldaten an der internationalen »Sicherheitsunterstützungstruppe« ISAF vorgelegt wird, bricht in der Taz jedoch wieder »Realpolitisches« durch. Roland Bösker mahnt, dass die Grünen, wollen sie »wehrpolitisch eine ernsthafte Alternative auch zu ihrem Koalitionspartner bieten«, über »langfristige Rüstungsprojekte wie die Beschaffung des (Panzerspähwagens) ›Fennek« nachdenken müssen. Denn: »Die Bundeswehr ist für friedenssichernde Missionen zu schlecht ausgestattet.« Das »Durchwursteln« müsse aufhören. Wenn die Grünen das einsähen, könnten sie sich »als Paten einer neuen Bundeswehr« verstehen. <sup>8</sup>

Am 24. Dezember berichtet Severin Weiland, dass die Grünen bei der Abstimmung zwei Tage zuvor dem Kanzler ein vorzeitiges Weihnachtsgeschenk bereitet hätten: »In ihren Reihen gab es keine Neinstimmen.« Nur vier Grüne hatten sich enthalten, weil ihnen der ISAF-Einsatz der UNO und »Enduring Freedom« doch zu eng verwoben schienen. <sup>9</sup>

## Lizenz zum Töten

Am 25. Februar 2002 zeigt sich die Taz empört, dass das KSK im geheimen bereits in Afghanistan operiert hatte: »Alle haben es vermutet, nun ist es offiziell: Die Bundeswehr befindet sich schon seit mehreren Wochen im Kampfeinsatz in Afghanistan. Verteidigungsminister Rudolf Scharping (SPD) bestätigte gestern, das rund hundert Elitesoldaten des Kommandos Spezialkräfte (KSK) in Afghanistan an Aktionen gegen die Terrororganisation Al-Qaida beteiligt sind.« <sup>10</sup>

Bild verhehlt die Begeisterung darüber nicht und berichtet am selben Tag auf Seite zwei, dass die »im baden-württembergischen Calw stationierten rund 1.000 KSK-Soldaten (Dienstzeit sechs Jahre, Höchstalter für Bewerber:

27 Jahre)« nach mehrjährigem Kampf- und Überlebenstraining in der Lage seien, »lautlos und mit bloßen Händen (zu) töten«. Informiert wird, dass sie über modernste Spezialgewehre, US-Militärfunkgeräte und Nachtsichtgeräte verfügen, um feindliche Einheiten auch im Dunkeln aufzuspüren. An gleicher Stelle im Blatt wird stolz verkündet, dass sich »Elitesoldaten der Bundeswehr« – also KSK-Kräfte – schon vor ihrem am 22. Dezember 2001 offiziell beschlossenen Einsatz bereits im November, Seite an Seite mit US-Einheiten, an der Erstürmung der Burgfestung Tora Bora und bei der Befreiung von deutschen Mitgliedern der Hilfsorganisation »Shelter Now« beteiligt hätten.

Am Folgetag wird auf die Frage »Warum sind die deutschen KSK-Soldaten so gefürchtet?« tiefer eingegangen: »Der Leitspruch der deutschen Elitekämpfer: Keiner sieht uns kommen, keiner weiß, dass wir da sind. Und wenn wir da waren, gibt es keinen Beweis. (...) Die KSK-Kämpfer sind bei den Terroristen gefürchtet: Blitzschnell schlagen sie im Vierertrupp mit ›Heckler & Koch‹-Maschinenpistolen zu – oder kommen lautlos mit Kampfmessern.«

Am 27. Februar bejaht der Viersternegeneral Klaus Reinhard die Frage »Haben die KSK-Soldaten eine Lizenz zum Töten?«

Am 5. März beklagt sich Bild indirekt, dass es vom BND offensichtlich weniger heiße Informationen erhalte als von der CIA. Dies geht aus dem Kommentar ihres Vorzeigekolumnisten Franz Josef Wagner hervor, der sich in Briefform direkt an die deutsche Truppe wendet: »Lieber kämpfender deutscher Soldat!« Nachdem er über Boris Beckers neue Geliebte und Ralf Schumachers BMW-Abenteuer geplaudert hat, kommt er zur Sache: »Ja, ich laber zuviel, weil ich mich darum drücke, über das Töten zu schreiben. Die pazifistischen Grünen und die verlogenen Friedens-PDSler schreien jetzt auf. Ja, ich wünsche euch, dass ihr den Gegner tötet, bevor er euch tötet. Über das US-Verteidigungsministerium, nicht über das deutsche, erfuhren wir, dass ihr, Soldaten der deutschen Eliteeinheit KSK, in den Bergen Afghanistans einen Mann-gegen-Mann-Krieg führt. (...) Wenn es Nacht ist, ist euer Gesicht geschwärzt. Tagsüber ist euer Kampfanzug weiß wie Schnee. Ich stammle euch aus der Heimat: Habt Glück, passt auf, schießt schneller!« Damit hat Bild den Stil der »Landser«-Blätter erreicht. Die Taz leistet Schützenhilfe unter Wahrung einer pazifistischen Fassade. Weichenstellend sind bei ihr (bis heute) die Stimmen der Bellizisten à la Cohn-Bendit und Co.

## Genug Rache

Kaum erfreulich ist, dass in Afghanistan künftig islamistische Kräfte wieder mehr Macht erlangen. Aber den meisten Afghaninnen und Afghanen geht es wohl nur noch darum, dass in ihren Alltag Frieden einkehrt. Ob das Land wieder genauso konservativ geführt werden wird wie von 1996 bis 2001, ist indes noch nicht klar.

Deutlich ist jedoch, dass die Niederlage des Westens genau die geopolitische Dimension nach sich zieht, die durch den Afghanistan-Krieg vermieden werden sollte: Die Taliban haben bereits mit China, dem Iran und sogar mit Russland um wirtschaftliche Zusammenarbeit verhandelt. US-Präsident Joseph Biden drückt sich also davor, die Bedeutung der Niederlage zu benennen, wenn er den Rückzug damit begründet, dass 20 Jahre Rache für »9/11« genug seien. Um so wichtiger ist es, daran zu erinnern, dass die Taliban von Pakistan aus Afghanistan zwischen 1994 und 1996 eroberten – mit Unterstützung der USA und der Golfstaaten.

## Anmerkungen

1 Bernard Imhasly: Wir waren es nicht! In: Taz v. 13.9.2001, S. 10

2 Andreas Zumach: Fast ein Freibrief für die NATO. In: Taz v. 14.9.2001, S. 3

3 Christian Rath: betrifft: völkerrecht. Bloße Vergeltung ist verboten. In: Taz v. 15.9.2001, S. 2

4 Dominic Johnson, Bettina Gaus: Bomben werden uns nicht helfen. In: Taz v. 15.9.2001, S. 9

5 Jürgen Reuss, Dieter Röschmann: Innere Panzerung wäre die Idiotenlösung. Interview mit Klaus Theweleit. In: Taz v. 19.9.2001, S. 13–14

6 Daniel Cohn-Bendit: Für eine solidarische Globalisierung. In: Taz v. 22.9.2001, S. 4

7 Bernd Pickert: Erst die Bomben, dann das Brot. In: Taz v. 8.10.2001, S. 1

8 Roland Bösker: Rüsten für den Frieden? In: Taz v. 21.12.2001, S. 12

9 Severin Weiland: Rot-Grün beschenkt den Kanzler. In: Taz v. 24.12.2001, S. 15

10 Heide Oestreich: Kampftruppe ohne Kontrolle. In: Taz v. 25.2.2002, S. 1

Sabine Kebir schrieb an dieser Stelle zuletzt am 18. Mai dieses Jahres über [die Beteiligung deutscher Truppen an der Niederschlagung der Pariser Kommune](#)

---

<https://www.jungewelt.de/artikel/407762.kriegsvorberichterstattung-bellizistische-katharsis.html>